

themen

agenda

Wie es gelingt, im Arbeitsalltag das Gute nicht nur zu wollen, sondern auch zu tun. **Seite 3**

hochschule

Bundesländer, die nicht schleunigst auf moderne Buchhaltung umschalten, gefährden die Entwicklung ihrer Hochschulen. Das zeigt ein Expertenbericht, der Anfang Februar in Brüssel vorgestellt wurde. **Seite 6**

forschung

Wissenschaftler müssen sich bald nicht mehr über Namensprobleme beim Publizieren ärgern. **Seite 7**

kontakte

Die europäische Wissenschaftlerorganisation Euroscience ist in Deutschland noch recht schwach auf der Brust. Vorstandsmitglied Michael Grewing wirbt um das Engagement der deutschen Forscher. **Seite 9**

ticker

Professoren aus den USA zeigen weniger Bereitschaft zu internationaler Zusammenarbeit als ihre ausländischen Kollegen. **Seite 10**

brennpunkt

Frankreichs Forscher schenken ihrer Regierung nichts – und kämpfen hartnäckig gegen die Hochschulreform. **Seite 34**

tipp der redaktion

Das Interpol der reinen Lehre

Boston Tricksen, fälschen und betrügen. Um schwarze Schafe zu verjagen, muss die Wissenschaftsgemeinschaft weltweit zusammenhalten. Die Plattform dafür bietet das Center for International Higher Education in Boston mit dem Higher Education Corruption Monitor. Sind Sie beim Interpol der reinen Lehre schon dabei?

→ Internet: www.bc.edu/bc_org/avp/soe/cihe/hecm



Foto: EU-Kommission

Geld aus Brüssel

Was lange währt, wird nicht immer gut

Brüssel Wer bei der Europäischen Kommission Geld für Forschungsprojekte beantragt, hört lange nichts. Im Schnitt ganze 294 Tage. Die Erfolgsquote liegt bei nur 13 Prozent. Das muss man nicht hinnehmen. In den nächsten Monaten stehen die Chancen gut, dass der Frust von Wissenschaftlern erhört wird. Denn

am 7. Juni gibt Deutschland seine Stimmen für das Europaparlament ab. Es lohnt sich, den Kandidaten vor Ort, gleich welcher Partei, aufzusuchen. Vielleicht sitzt er oder sie bald im Forschungsausschuss und kämpft für mehr Service im Umgang mit Europas Forschern. **Seite 4**

Diversity Management

Forschung zur Förderung von Minderheiten wird an US-Hochschulen nur unter „ferner liefen“ geführt

Columbia US-Hochschulen galten bislang deutschen und anderen europäischen Hochschulrektoren als Vorbild für Diversity Management (DM). Doch die Hochschulforscherin Jeni Hart (Foto) von der University of Missouri in Columbia hat nun in einer Studie beschrieben, wie an US-Unis ambitionierte Forschungsprojekte im Dienste der Minderheitenförderung häufig als Marginalien abqualifiziert werden. Es sei aber falsch, DM nicht als Forschungsleistung, sondern als bloßen Service zu werten. **Seite 8**



Foto: privat



In einem frischen Anstrich darf sich das Konjunkturpaket des Bundes natürlich nicht erschöpfen. Trotzdem – unterschätzen Sie bei anstehenden Umbauplänen nie die Kraft der Farben! So weist eine Studie aus Kanada nach: Die Farbe Blau macht kreativ.

Foto: pixelio/plambeck

→ <http://www.sciencemag.org/cgi/content/abstract/1169144>

2. bis 3. April

Das 7. EU-Rahmenprogramm für Einsteiger

Bonn Sie sind Wissenschaftler, wollen einen Antrag zum 7. EU-Forschungsrahmenprogramm stellen, kennen sich aber gar nicht oder nur wenig damit aus? Das EU-Büro des Bundesforschungsministeriums veranstaltet zu diesem Thema ein zweitägiges Seminar für Einsteiger. Die Teilnahme kostet 150 Euro. Anmelden kann man sich per E-Mail.

→ Mail: christine.zirkel@dlr.de

4. bis 6. Mai

Internationale Studenten nach Deutschland holen

Bonn Marketing- und Kommunikationsverantwortliche von Hochschulen, die nach Wegen suchen, internationale Studenten anzuwerben, sind bei dem Workshop „Kommunikationsinstrumente zur Rekrutierung internationaler Studierender“ der Akademie des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) richtig. Anmeldeschluss ist der 7. April.

→ Internet: www.daad-akademie.de/gate-germany/#168

24. bis 29. Mai

Besser lehren: Jahreskonferenz der NAFSA

Los Angeles Hochschullehrer und Dozenten, die ihr Know-how der Lehre auf den neuesten Stand bringen und sich mit Kollegen aus der ganzen Welt austauschen wollen, sollten die Jahreskonferenz der Association of International Educators (NAFSA) nicht verpassen. Ab 2. März kann man sich online anmelden. Für die Teilnahme zahlen Nichtmitglieder 774 Dollar.

→ Internet: www.nafsa.org/annual_conference**Chancengleichheit****In Prag diskutieren Wissenschaftler über Gender-Management und Hochschulentwicklung**

Prag Wer sich mit Frauenförderung und Chancengleichheit in der europäischen Hochschulwelt befasst, ist bei der Konferenz „EU2009. CZ“ am 14. und 15. Mai in Prag richtig. Unter dem Titel „Changing Research Landscapes to make the most of Human Potential. 10 Years of EU Activities in ‚Women and Science‘ and Beyond“ lädt die Europäische Kommission zur Diskussion über Genderfragen in das Land der derzeitigen EU-Ratspräsidentschaft Tschechien ein. Im Zentrum der Veranstaltung steht das europäische Gender-Management und sein Einfluss auf die Modernisierung der europäischen Hochschulen.

Das Problem ist bekannt: Auch nach zehn Jahren Frauenförderung in der EU ist der Anteil von Frauen in der Hochschulspitze noch

nicht sehr hoch. Dadurch gehen der Wissenschaftswelt wertvolle Potenziale verloren. Noch immer ist der Einfluss des Gender Mainstreaming auf die Entwicklung der Wissenschaftswelt zu gering. Geht es um mehr Autonomie der Hochschulen, um Finanzierungsmodelle oder Kooperationen mit der Wirtschaft, werde die Genderfrage kaum berücksichtigt. Doch gerade das ist ein Antriebsmotor des Modernisierungsprozesses. Best-Practice-Beispiele zeigen, dass es funktionieren kann. Die Vorbilder werden auf der Konferenz diskutiert.

Die Registrierung ist online bis zum 24. April möglich. Die Teilnahme ist kostenlos. mh

→ Internet: http://ec.europa.eu/research-science-society/document_library/pdf_06/info-leaflet-changing-research-landscapes_en.pdf**Förderprogramm „Fact Finding Mission“****Wenn Hochschuldelegationen ins Ausland reisen, kann es dafür einen Zuschuss geben**

Bonn Ihr Fachbereich oder Ihre Hochschule plant die Zusammenarbeit mit einer Hochschule in einem Entwicklungsland? Dann ist der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) Ihr Ansprechpartner. Mit dem Programm „Fact Finding Mission“ unterstützt der DAAD Fachdelegationen deutscher Hochschulen, die Kontakt zu ausländischen Hochschulen aufnehmen. Mit der Maßnahme sollen längerfristige Kooperationen angesprochen werden.

Das Programm wird durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) finanziert und ist auf Entwicklungsländer ausgerichtet. Welche Länderkooperationen gefördert werden, steht auf der Liste des Development Assistance Committee der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Zuschussfähig sind Reisekosten, Auslandstage, Visagebühren und



Foto: Universität Halle-Wittenberg

Kontakt anbahnen: Vertreter der Uni Halle-Wittenberg besuchten die jordanische Uni in Tafila

Impfkosten. Anträge können über die Leitung der jeweiligen Hochschule gestellt werden. Antragsfristen gibt es keine. mh

Kontakt**Claudia Geratz**

Deutscher Akademischer Austauschdienst

Mail: geratz@daad.deInternet: www.daad.de/entwicklung/hochschulen/zusammenarbeit/08078.de.html



Rolf Reber ist Associate Professor of Psychology an der University of Bergen, Norwegen.

agenda

hochschule

forschung

kontakte

Wie Wissenschaft hilft, das Gute zu tun

„Die Macht des freien Willens ist ein Irrtum. Wir sind gefangen in paradoxen Gefühlen“

In dem jüngst erschienenen Buch „Gut so! Kleine Psychologie der Tugend“ erklärt Rolf Reber, wie man es schafft, am Arbeitsplatz Hochschule und auch privat das Gute nicht nur zu erkennen, sondern auch zu tun (Verlag C. H. Beck, 9,95 Euro).

duz Herr Reber, sind Sie ein guter Mensch?

Weber (lacht) Nun zumindest will ich ein guter Mensch sein. Auch wenn es mir immer wieder passiert, dass ich das Gute will und das Schlechte tue. Es ist ein ständiges Dilemma.

duz Was heißt das überhaupt, gut zu sein?

Weber Das muss wohl jeder für sich selbst herausfinden. Es gibt nicht den einen richtigen Weg.

duz Doch wie finde ich meinen?

Weber Es gibt drei wichtige Quellen, aus denen man schöpfen kann: den gesunden Menschenverstand, die Ethik und die Religion.

duz Sie berufen sich in Ihrem Buch auf christliche Grundwerte, die allgemeingültig sind. Kann man danach sagen, was einen guten Wissenschaftler ausmacht?

Weber Ein guter Wissenschaftler ist zum Beispiel ehrlich. Er unterschlägt keine Daten, die nicht ins Konzept passen. Er bringt den Mut auf, Dinge zu verändern und Stellung zu beziehen, wenn etwas an der Hochschule nicht gut läuft.

duz Sie sagen, Menschen wollen grundsätzlich das Gute und sie wissen auch für sich, was das ist. Warum tun sie es dann nicht? Sind wir vielleicht doch böse?

Weber In der westlichen Welt erklärt man das oft damit, dass das Böse ein Teil unserer Persönlichkeit sei. Doch diese Annahme beruht auf zwei Irrtümern. Zunächst geht es um die angebliche Macht der Persönlichkeit. Anders als wir erklären einige asiatische Kulturen negative Verhaltensweisen wie mutlos sein oder betrügen aber eher durch die Macht der

Situation. So können besondere Umstände, beruflicher Druck oder die Angst vor Machtverlust, dazu führen, dass ein ansonsten ehrlicher Wissenschaftler bei der Datenauswertung schummelt. Der zweite Irrtum ist die Macht des freien Willens.

duz Das heißt?

Weber Wir sind gefangen in Eigennutz und Unwissenheit, sind verstrickt in Widersprüche und paradoxe Gefühle. Gewohnheit hält uns davon ab, das Gute zu tun. Wir scheuen Veränderungen und lassen lieber alles beim Alten. Die lähmende Angst oder Scheu, das liebe Geld, Egoismus, Unwissenheit oder Fehleinschätzungen führen dazu, dass wir nicht das Gute tun. Doch das enthebt uns nicht der Verantwortung für das Gute.

duz Aber wie schaffe ich es nun, es dennoch zu tun?

Weber Zum Beispiel mit guten Gedanken. Geben Sie damit Ihrem Handeln eine Richtung. In der Psychologie spricht man von „Framing“: Umrahmen Sie also Ihr Handeln mit Gedanken an das Gute. Außerdem kann man sich den Mechanismus hinter einer Handlung bewusst machen. Oft sind es falsche Vorstellungen, die uns davon abhalten, das Gute zu tun. So glaubt man etwa, man wäre glücklicher, wenn man mehr Geld verdient. Deshalb arbeitet man lange, vernachlässigt Familie und Freunde. Dabei zeigen Studien, dass reich sein nicht glücklicher macht.

duz Nicht nur die Psychologie hilft dabei, sich für das Gute zu entscheiden?

Weber Forschung ganz allgemein macht es möglich, Fehleinschätzungen zu vermeiden. Durch wissenschaftliche Untersuchungen können wir überprüfen, ob Behauptungen stimmen. Danach können wir unser Verhalten ausrichten und werden sehen, dass das Gute langfristig auch vernünftiger und klüger ist.

→ Kontakt: rolf.reber@psysp.uib.no

Die Fragen stellte Marion Hartig.

Ausschreibungen aus Brüssel

Energie in Europa

Kernkraft zukunftsfähig machen

Brüssel Im Rahmen des Programms „Euratom“ hat die EU eine Ausschreibung zum Thema „Kernteilung und Strahlenschutz“ geöffnet. Gefördert werden Projekte, die sich etwa mit radioaktivem Abfall, Reaktorsystemen, Infrastruktur, Kooperationen mit der dritten Welt und Karriereentwicklung befassen. Dafür steht ein Gesamtbudget von rund 48 Millionen Euro zur Verfügung. Anmeldeschluss ist der 21. April.

→ Internet: cordis.europa.eu/fp7/dc/index.cfm?fuseaction=UserSite.FP7DetailsCallPage&call_id=182

→ Nationale Kontaktstelle: www.fz-juelich.de/ptj/nks-energie

Forschungstipendien

Förderung für erfahrene Wissenschaftler

Brüssel Erfahrene Forscher aus den Bereichen Physik und Technik, Sozial- und Geisteswissenschaften sowie Life Science können sich um Forschungstipendien im Rahmen des EU-Programms „Ideas“ bewerben. Ein Budget von rund 490 Millionen Euro steht bereit. Anträge können bis zum 6. Mai gestellt werden.

→ Internet: cordis.europa.eu/fp7/dc/index.cfm?fuseaction=UserSite.FP7DetailsCallPage&call_id=188

→ Nationale Kontaktstelle: www.euburo.de/arbeitsbereiche/erc

Berichtigung

Euraxess-Netzwerk soll gestärkt werden

Brüssel Die EU fördert Konzepte, die das Euraxess-Netzwerk stärken. Anders als in duz Europa 01/2009 berichtet, handelt es sich dabei aber nicht um eine offene Ausschreibung. Sie wendet sich nur an die nationalen „Bridgeheads“ des Netzwerkes. Bridgehead-Organisation in Deutschland ist die Humboldt-Stiftung.

→ Internet: http://cordis.europa.eu/fp7/dc/index.cfm?fuseaction=UserSite.FP7DetailsCallPage&call_id=193



Früh übt sich, denn: Ohne Manieren keine Karriere. Ob bei der Begrüßung des Chefs oder dem Galadinner – Fettnäpfchen lauern überall. Sie zu umgehen, lehrt der Soft-Skill-Trainer Horst Hanisch jetzt online im Edutainment-Format. Knigge frei Haus.

Foto: pixelio/frajese

→ Internet: <http://de.sevenload.com/sendungen/Horst-Hanisch-Knigge-WebTV/home>

Wer bei der Europäischen Kommission Geld für Forschungsprojekte beantragt, hört lange nichts. Falls Sie das aufregt, finden Sie jetzt Gehör. Und zwar bei den Politikern, die im Juni ins Europaparlament gewählt werden wollen.

Geld aus Brüssel

Was lange währt, wird nicht immer gut

Brüssel Der Antragsmarathon um die 54 Milliarden Euro Fördergelder aus dem 7. Forschungsrahmenprogramm (FRP) der EU von 2007 bis 2013 ist in vollem Gange. Seit Dezember laufen die aktuellen „calls for proposals“, mit denen sich Forscher für Programme mit ihren Projektideen bewerben können. Doch für das Gros der Antragsteller ergibt sich gemessen am Verhältnis von Aufwand und Ertrag am Ende ein krasses Missverhältnis.

Die Europa-Abgeordnete Dr. Inge Gräßle (CDU) aus Ravensburg wies Anfang Februar darauf hin, dass die Europäischen Forschungsgelder unattraktiv würden, wenn der Bewerbungsprozess nicht grundlegend überarbeitet werde. Die Forscher müssten riesige Anträge an die Kommission schicken. Im Jahr 2007 seien jedoch mehr als 25 000 davon im Papierkorb gelandet. Die Erfolgsquote habe lediglich bei rund 13 Prozent gelegen. Angesichts von Kosten für einen Antrag von bis zu 100 000 Euro werde schrecklich viel Zeit und Geld verbrannt.

Das kann die langjährige Leiterin des Brüsseler Büros der Helmholtz-Gemeinschaft, Dr. Susan Kentner, mehr als bestätigen. Mit ihrem Team speiste sie bereits Hunderte Anträge für Helmholtz in das EU-Fördersystem ein. „Wer in einem europäischen Exzellenznetzwerk mit dabei sein will, muss alles in allem mit Antragskosten

von bis zu 200 000 Euro rechnen. Die Dauer bis zur Förderung ist teilweise wahnsinnig lang“, klagt Kentner. Insider des Brüsseler Förderdschungels erwiderten jedoch gegenüber der duz, dass die meisten Antragsteller nicht an der Willkür der Brüsseler Bürokraten scheiterten, sondern an ihrer schlechten „Performance“.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) nahm die Erfolgsquoten für das erste Antragsjahr 2008 des 7. FRP unter die Lupe. Gegenüber dem 6. FRP ging die Erfolgsquote für deutsche Antrag-

.....

„Die meisten versagen, weil sie ihre Exzellenz nicht verkaufen können.“

.....

steller um zwei Prozent zurück. Der Grund ist simpel. Die Zahl der antragsberechtigten Staaten ist über die 27 Mitgliedstaaten hinaus auf insgesamt mehr als 40 assoziierte Staaten angestiegen.

Die mittlere Dauer eines Antragsverfahrens vom eingereichten Projektvorschlag bis zur Förderung beträgt derzeit nach Angaben der EU-Kommission im Schnitt 294 Kalendertage. Bereits der erste Anlauf für eine Interessensbekundung stellt



ein Nadelöhr dar, denn alle Kontakte mit der Brüsseler EU-Kommission sollen ausschließlich elektronisch ablaufen. EU-Forschungskommissar Dr. Janez Potočnik hält sich zugute, dass die Antragsprozeduren im 7. FRP dadurch transparenter und einfacher als in der Vergangenheit geworden seien (siehe Interview).

Um Frust und Fehler auf dem Weg an die Brüsseler Fördertöpfe zu vermeiden, empfiehlt Susan Kentner drei Regeln:

- Mit starken Partnern zusammenarbeiten, aber auch wechselnde Partner während des Projektes sowie „worst case“-Szenarien einkalkulieren.
- Nicht allein auf die Projektidee bauen, sondern vor allem auf gute Rhetorik. Denn „an dieser Stelle versagen die meisten Antragsteller, weil sie ihre wissenschaftliche Exzellenz nicht richtig verkaufen können“, sagt Kentner. Performance zählt enorm.
- Das Projekt muss in den europäischen politischen Rahmen passen. Das heißt: Wie kann es Europas Wettbewerbsfähigkeit in der Welt stärken? Inwiefern bekommt die



Foto: EU-Kommission

EU-Forschungskommissar Janez Potočnik setzt sich für kurze Bearbeitungszeiten von Forscheranträgen ein.

agenda

hochschule

forschung

kontakte

ticker

brennpunkt



Foto: EU-Kommission

Festung Europa: Forscheranträge brauchen 294 Tage, bis sie da wieder rauskommen

Industrie dadurch marktfähige Produkte, Dienstleistungen oder Verfahren? Es reicht also nicht aus, sich allein auf wissenschaftliche Fragen zu konzentrieren.

Wissenschaftler finden praktischen Rat für die kritische Analyse der Chancen und Risiken ihrer EU-Förderanträge am besten über das Netz der Nationalen Kontaktstellen (www.forschungsrahmenprogramm.de/nks.htm). Die Ausschreibungen finden sich auf der Website von Cordis (http://cordis.europa.eu/home_de.html) und werden in allen 23 Amtssprachen im EU-Amtsblatt veröffentlicht. Viel Erfahrung mit Anträgen hat seit Jahren auch die Koordinationsstelle EG der Wissenschaftsorganisationen (www.kowi.de).

Um sich für kürzere Antragsverfahren einzusetzen, können die Hochschulen im Interesse ihrer Professoren über die Hochschulrektorenkonferenz oder über die European University Association in Brüssel Druck machen. Forschungsorganisationen wie die Helmholtz-Gemeinschaft oder die Max-Planck-Gesellschaft haben dafür ihre

eigenen Lobbyisten in Brüsseler Außenbüros sitzen. Einzelne Wissenschaftler können gerade in den nächsten Monaten ihrem Unmut Luft machen. Denn am 7. Juni geben die Deutschen ihre Stimmen für die Wahl des Europaparlaments ab. Es lohnt sich, bis dahin den Wahlkreiskandidaten, gleich welcher Partei, aufzusuchen.

Aber auch jene Politiker, die bereits im Europaparlament sitzen, wollen wieder gewählt werden. Das Problem der langen Antragsverfahren für Forschungsprojekte dürfte den Mitgliedern des Forschungsausschusses (ITRE) wohlbekannt sein. Die Vorsitzende dieses Ausschusses ist die bayerische Juristin Dr. Angelika Niebler (CSU). Ihre Aufgabe ist es, sich für die Probleme von Wissenschaftlern einzusetzen.

→ Die aktuellen deutschen EU-Abgeordneten sowie den Forschungsausschuss des EU-Parlaments finden Sie unter: www.europarl.europa.eu

Thomas A. Friedrich ist Korrespondent in Brüssel.

„Wir wollen keine übermäßigen Lasten“

Dr. Janez Potočnik, EU-Kommissar für Forschung, im duz-Interview.

duz Wie kommen Forscher besser an EU-Fördergelder heran?

Potočnik Ein Großteil der Förderung des 7. EU-Forschungsrahmenprogramms (7. FRP) kommt der Finanzierung von Universitätsprojekten zugute. Sicherlich ist der erfolgreiche Zugang zu Mitteln aus dem 7. FRP abhängig von der Qualität der eingereichten Projekte und der europäischen Dimension. Alle eingereichten Projekte werden von einem unabhängigen Expertengremium evaluiert.

duz Viele Forscher gehen leer aus.

Potočnik Bei der Förderung durch den Europäischen Forschungsrat ist einer von fünf Antragstellern erfolgreich. Im zweistufigen Antragsverfahren im Programm „Ideen“ liegt die Erfolgsquote bei 36,7 Prozent. Wir sind uns bewusst, dass das Einwerben von EU-Mitteln einem hohen Wettbewerb unterliegt. Seit dem Start des 7. FRP habe ich mich dafür eingesetzt, dass die Antragsverfahren einfacher und transparenter werden. Wir wollen sicherstellen, dass Wissenschaftler nicht mit übermäßigen Lasten konfrontiert werden. Die Einreichung erfolgt weitgehend elektronisch.

duz Worauf ist beim Einreichen von Projektideen vor allem zu achten?

Potočnik Die Generaldirektion Forschung hat mit den Mitgliedstaaten Module für die Antragstellung entwickelt, die bei der Projektformulierung klare Richtlinien an die Hand geben. Über das Netz der Nationalen Kontaktstellen bekommen Forscher von Experten konkrete Ratschläge, die ganz auf ihre individuellen Bedürfnisse zugeschnitten sind. Zudem gibt es auf der Euraxess-Website viele Hinweise für die Karriereplanung.

→ Internet: http://ex.europa.eu/euraxess/index_en.cfml

Die Fragen stellte Thomas A. Friedrich.

Tipps gegen die E-Mail-Flut gibt es zuhauf. Sie wollen nur umgesetzt sein. Versuchen Sie es doch einmal mit dem E-Mail-freien Freitag! Nach einer Umfrage der Akademie der Führungskräfte halten 44,4 Prozent der deutschen Manager die Idee aus den USA für gut.

→ Internet: www.die-akademie.de/download/studien/akademie_studie_2008.pdf

agenda

hochschule

forschung

kontakte

ticker

brennpunkt

Experten fordern:

Moderne Universitäten brauchen dringend moderne Buchhaltung

Im europäischen Wettbewerb um Fördermittel werden Universitäten, die nach uralten Buchhalterregeln abrechnen, an Boden verlieren, zeigt ein Bericht.

Brüssel „Hochschulen, die bis Anfang 2010 nicht auf Vollkostenrechnung umgestellt haben, werden Probleme bekommen, wenn sie Geld aus Brüssel einwerben wollen“, warnt Thomas A. H. Schöck, Kanzler der Universität Erlangen-Nürnberg und Mitautor eines Expertenberichts zur Finanzierung von Universitäten, der Anfang Februar vorgestellt wurde.

Voraussichtlich bis Ende 2009 bekommen solche Unis noch 60 Prozent pauschal aus dem Topf des 7. EU-Forschungsrahmenprogramms für indirekte Projektkosten. Dazu zählen etwa Heiz- und Telefonkosten oder

Raumiete. Danach hat die EU-Kommission vor, die Pauschale auf 40 Prozent zu senken. Für die Differenz müssen die Unis aufkommen. Damit soll der Druck erhöht werden, die klassische Buchhaltung, die sogenannte Kameralistik, abzuschaffen. Deutschland ist darin keinesfalls Vorreiter, wie die European University Association in der Studie „Financially Sustainable Universities“ Ende 2008 zeigte.

Lediglich Hessen und Niedersachsen haben umgestellt. Die Unis können dort über eine Vollkostenrechnung kalkulieren, wie hoch der Aufwand für ein Forschungsprojekt ist. In den meisten anderen Bundesländern kann man solche Kosten erst am Ende eines Projekts abrechnen. Die Hochschulen sind im Nachteil, weil sie Geld vorschießen müssen. Schuld daran sind die Entscheider in den Finanzministerien. Mit ihrem Festhalten an der antiquierten Buchhaltung gefährden sie die Zukunft der Hochschulen.

Der Expertenbericht macht den europäischen Trend deutlich: Unis in Ländern mit modernem Rechnungswesen, etwa in Großbritannien, können Forschung strategisch besser planen. Sie sind beim Einwerben von Drittmitteln erfolgreicher. Die Expertengruppe, zu der Schöck gehört, fordert Regierungen und Hochschulen deshalb auf, die Vollkostenrechnung einzuführen. „In Deutschland wäre das Vollkostenmodell aber auch nötig, um regelmäßig Geld für die Erhaltung von Uni-Gebäuden zu bekommen“, sagt Schöck. „Wenn man Gebäude im Wert von einer Milliarde Euro auf dem Campus stehen hat, müsste man bei einem Abschreibungssatz von fünf Prozent jährlich 50 Millionen Euro einrechnen, um den Bestand zu erhalten. Dann würde erst einmal deutlich, wo überall Geld fehlt.“ hck

→ **Fazit: Machen Sie mit dem Bericht Druck beim Finanzministerium und erklären Sie Landtagsabgeordneten das Problem.**

Thomas Schöck ist Mitautor des Berichts „Diversified funding streams for university-based research“.

Hochschulfinanzierung

EU-Monitoring zur Wirtschaftskrise

Brüssel Die derzeitige Finanz- und Wirtschaftskrise bereitet europaweit auch den Hochschulen Kopfzerbrechen. So mancher Hochschulrektor oder Dekan fragt sich: Köchelt von nun an das wärmende Feuer staatlicher Zuwendungen nur noch auf Sparflamme – müssen wir gar mit empfindlichen Kürzungen rechnen?

Genau diesen Fragen geht derzeit die European University Association (EUA) nach und fördert vielleicht Antworten zutage, die auch für deutsche Hochschulen interessant sind: Welche Auswirkungen hat die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise auf die finanzielle Situation europäischer Hochschulen? Und welche Strategien entwickeln die Universitäten als Reaktion in den jeweiligen Ländern? Mitte Februar forderte die EUA in ihrem aktuellen Newsletter ihre Mitglieder auf, im Rahmen eines Monitorings schriftliche Stellungnahmen dazu abzugeben. Diese sollen in das bereits laufende Projekt EUDIS einfließen. EUDIS sucht nach Best-Practice-Beispielen für Finanzierungsstrategien von Hochschulen und untersucht, wie die Finanzierungsbasis breiter gefächert werden kann.

Auf einem Treffen der europäischen Rektoren im Januar haben bereits einige Länder kurze Reports zur Situation abgegeben. So erklärte die britische Rektorenkonferenz, sie habe eine spezielle Krisen-Kommunikations-Kampagne umgesetzt: Diese betone die Rolle der Hochschulen als unentbehrliche Unterstützer der Wirtschaft in der Krise, die nicht vernachlässigt werden dürften („standing together“).

EUDIS beziehungsweise Finanzierungsstrategien der Hochschulen sind auch Thema einer EUA-Konferenz vom 18. bis 21. März in Prag. mk

→ **Monitoring-Kontakt:** enora.pruvot@eua.be

→ **EUA-Newsletter:** www.eua.be/not-in-menu/direct-mail-newsletter/eua-newsletter-32009

→ **Konferenz:** www.eua.be/events/eua-convention-2009/home

Kontakt

Thomas A. H. Schöck

Kanzler der Uni Erlangen-Nürnberg

E-Mail: kanzler@zuv.uni-erlangen.de

Der Bericht im Internet: http://ec.europa.eu/invest-in-research/news_en.htm



Foto: privat

Wie Sherlock Holmes muss man bisweilen genau hinschauen, um zu erfahren, wer wie was erforscht hat.

agenda

hochschule

forschung

kontakte

ticker

brennpunkt

Der eigene Name ist meist nicht einzigartig. Ein Zahlen-code dagegen schon. Deshalb wollen sich Wissenschaftler nummerieren lassen und ihre ganze Schaffenskraft auf einen Blick präsentieren.

von Christine Xuân Müller

Digital Author Identifier

Die Forscher-ID kann Namensprobleme lösen und die Karriere befördern

Straßburg/Oldenburg Wissenschaftler müssen sich bald nicht mehr über Namensprobleme beim Publizieren ihrer Arbeiten ärgern. Denn Experten des europäischen Forscherverbundes „Euroscience“ plädieren für den schnellen Aufbau einer internationalen Datenbank, über die an jeden Forscher weltweit ein sogenannter individueller Digital Author Identifier (DAI) vergeben und verwaltet wird.

Der DAI oder die Forscher-ID ist eine eindeutige Identifikationsnummer eines wissenschaftlichen Autors – vergleichbar etwa mit der Steuernummer eines jeden Bundesbürgers –, die die Zurechnung von Autorenschaften wesentlich erleichtert. Mithilfe der Forscher-ID kann die komplette Publikationsliste des Autors auf einen Blick erstellt werden, auch wenn dieser an verschiedenen Institutionen gearbeitet, in verschiedenen Verlagen publiziert hat, es verschiedene Schreibweisen seines Namens gibt oder sich der Name des Forschers zum Beispiel durch Heirat verändert hat.

Seit einigen Monaten verwenden alle niederländischen Universitäten und die ihnen angeschlossenen Institutionen für ihr Wissenschaftspersonal den DAI. Aber auch andere EU-Länder diskutieren über den Einstieg in ähnliche Systeme. „Wirklich Sinn

macht das Ganze nur im Rahmen eines internationalen Systems“, sagte Prof. Dr. Dr. Eberhard R. Hilf, Geschäftsführer des Institute for Science Networking an der Universität Oldenburg und Mitglied der Euroscience Science Publishing Working Group gegenüber der duz.

Zwar gebe es auf nationaler Ebene schon zahlreiche Einzelinitiativen, wie in Deutschland die Plattform www.dissonline.de der Deutschen Nationalbibliothek für Dissertationen oder das GEPRIS-System, das alle Publikationen der Autoren erfasst, die an von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderten Projekten beteiligt sind. „Aber das sind alles Einzelaktionen für einen begrenzten Autorenkreis. Was fehlt, ist eine internationale Zusammenführung durch eine Organisation, welche die Schirmherrschaft übernimmt. Dafür in Frage kommt aber nur eine neutrale, nicht finanziell abhängige und weltweit respektierte Organisation wie etwa die Unesco oder das Schweizer Großforschungszentrum CERN“, betont der Physiker, der zusammen mit rund 30 anderen europäischen Experten derzeit über mögliche Kandidaten für die zentrale Vergabestelle diskutiert. Sicher ist sich Hilf, dass in spätestens drei Jahren ein internationaler DAI die herkömmliche

Dieses Bild erscheint aus rechtlichen Gründen nur in der Printausgabe.

Zitationsweise abgelöst haben wird. „Der Wunsch nach einem solchen Dienst ist bei den Wissenschaftlern groß, weil komplette Publikationslisten zum integralen Bestandteil der Karriereplanung eines Forschers gehören. Technisch ist ein solches System bereits heute machbar“, begründet Hilf.

Angenehmer Nebeneffekt der Forscher-ID: Auch Internetsuchmaschinen wie Google finden deutlich mehr Dokumente, die einem Autor zuzuordnen sind, weil die Forscher-ID – wie das Wasserzeichen auf Banknoten – hinter jeder wissenschaftlichen Publikation hinterlegt sein wird.

Befürchtungen, der DAI könne zum „gläsernen Forscher“ führen, wodurch auch private Daten ungewollt an die Öffentlichkeit gelangen, teilt Hilf nicht. „Jeder Forscher beschließt selbst, welche Daten im Netz zugänglich sind.“ So könne ein Wissenschaftler über seine Homepage seine Identifikationsnummer etwa mit dem Geburtsdatum verknüpfen und preisgeben, müsse das aber nicht.

Kontakt

Prof. Dr. Dr. Eberhard R. Hilf
Geschäftsführer der Institute for Science Networking Oldenburg GmbH
Internet: www.isn-oldenburg.de

Wie man richtig mit Minderheiten umgeht, machen US-Hochschulen schon seit Jahrzehnten vor. Doch auch hier klemmt es gelegentlich. Das zeigt eine aktuelle Studie einer US-Hochschulforscherin zum Diversity Management.

agenda

hochschule

forschung

kontakte

ticker

brennpunkt



Foto: privat

Diversity Management ist intellektuelle Arbeit und sollte auch so honoriert werden, sagt Jeni Hart

Benjamin Haerdle

Diversity Management

Unis sollen Forschung zur Minderheitenförderung besser honorieren

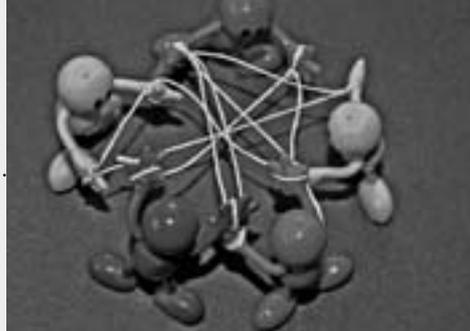
Columbia Diversity Management ist an den US-Hochschulen schon seit Jahrzehnten eine Selbstverständlichkeit. Dass es wichtig ist, sich um Minderheiten unter den Studierenden wie Frauen, Migranten oder Mütter mit Kindern zu kümmern, erkennen auch hierzulande immer mehr Universitäten. Rektoren und Dekane sollten aber nicht den Fehler machen, Diversity Management als Service abzuqualifizieren. Davor warnt die US-amerikanische Hochschulforscherin Prof. Dr. Jeni Hart in ihrer jetzt veröffentlichten Studie „Institutional Diversity Work as Intellectual Work at the University of Missouri-Columbia“. Sie forscht als Assistant Professor am Lehrstuhl „Educational Leadership and Policy Analysis“ der University of Missouri in Columbia. „Wenn Professoren ihr Wissen, ihre Energie und Zeit investieren, um über die Förderung von unterrepräsentierten Studierenden an der Fakultät oder über die Verbesserung der Atmosphäre auf dem Campus nachzudenken, ist das intellektuelle Arbeit“, sagt Hart. Allerdings werde diese Art von Forschung an den Hochschulen marginalisiert. Für ihre Studie hatte Hart drei Diversity-Initiativen an der Uni Missouri untersucht. Ergebnis: Tenure-Stellen behindern Fortschritte beim Diversity Management, weil bei der Stellenbesetzung vor allem auf exzellente Forschung und Lehre geachtet wird, weniger auf Service. Genau dazu zählt aber Diversity Management.

Wer mit Diversity Management an seiner Hochschule Erfolg haben möchte, sollte diesen Missstand jedoch beheben. Hart empfiehlt Universitätsleitungen, gründlich zu prüfen, wie sie das Forschungsengagement der Professorenschaft für Minderheiten in den Fakultäten angemessen honorieren können. „Wenn sich daran nichts ändert, wird Diversity Management weiterhin als etwas mit weniger Wert angesehen“, sagt Hart.

Weit verbreitet sind an den US-Universitäten mittlerweile Büros mit eigenen Beauftragten für das Diversity Management. Doch dieses Modell taugt zur Nachahmung in Deutschland nach Harts Meinung nur bedingt. „Natürlich freut es mich, wenn es immer mehr solcher Offices an den Hochschulen gibt“, sagt Expertin Hart. Negativ sei aber, dass dieser Ort als der einzige Raum der Universität abgestempelt werde, in dem Diversity Management umgesetzt werde. Hart: „Die Gefahr ist, dass sich dann alle anderen Fakultätsbereiche zurücklehnen können.“ Für sie ist das nicht der richtige Ansatz. Ihr Rat an die Universitäten: „Wenn ich Diversity Management an einer Fakultät umsetzen möchte, muss ich das quer durch die Verwaltung und alle Fakultäten machen“, fordert Hart. Profitieren könnten schließlich alle davon. Die gesamte Universität werde dadurch nicht nur produktiver, sondern auch um einiges vielfältiger. hbj

Kontakt

Ass. Prof. Ph. D. Jeni Hart
Department of Educational Leadership
and Policy Analysis
University of Missouri/USA
Telefon: +1 573 882-4225
Mail: hartjl@missouri.edu
Internet: <http://missouri.academia.edu/JeniHart>



Vernetzt euch! Andere Länder nutzen die Foren der Wissenschaftlervereinigung Euroscience bereits eifrig. Nur deutsche Wissenschaftler tun sich noch schwer.

agenda

hochschule

forschung

kontakte

ticker

brennpunkt

Forschungsanträge

Weniger Risiko beim Lead-Agency-Verfahren

Bonn Ein abgelehnter Forschungsantrag ist für alle Wissenschaftler ein Ärgernis. Doch wer künftig Anträge an die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) für bi- und trinationale Forschungsprojekte mit Kollegen aus Österreich und der Schweiz stellt, hat ein geringeres Risiko des Scheiterns. Die Forscher verdanken dies dem Lead-Agency-Verfahren, das jetzt die DFG, der Schweizerische Nationalfonds (SNF) und der Wissenschaftsfonds (FWF) Österreichs eingeführt haben.

Da künftig nur noch eine Förderorganisation statt bislang zwei oder drei ein Gemeinschaftsvorhaben begutachtet und einen Entscheidungsvorschlag macht, reduziert sich für die Antragsteller die Gefahr, dass das gesamte Projekt platzt, wenn ein Teilantrag angenommen, der andere Teilantrag aber abgelehnt wird. „Eine Rolle spielt das bei vielen Anträgen, die zwar fachlich sehr gut sind, die aber in der starken Konkurrenz um das Förderbudget möglicherweise keine Förderempfehlung erhalten“, weiß Dr. Catherine Kistner, bei der DFG als Referentin zuständig für Anträge aus den Pflanzenwissenschaften.

Zudem sparen Wissenschaftler Zeit bei der Antragstellung. Ab sofort muss ein kompletter Antrag nur noch bei der Lead Agency, also der federführenden Förderorganisation, eingereicht werden. Für Co-Finanziers muss nur ein kleines Extra-Formular beigelegt werden. „Das ist deutlich weniger Bürokratie im Vergleich zu früher, als bei allen Fördereinrichtungen vollständige Anträge eingereicht werden mussten“, sagt Kistner. Besonders wenn jemand noch wenig erfahren bei Forschungsanträgen sei, könne er so Arbeitszeit sparen. hbj

Kontakt

Dr. Catherine Kistner
DFG-Referentin Pflanzenwissenschaften
Telefon: 0228 885-2803
Mail: Catherine.Kistner@dfg.de
Internet: www.dfg.de

Euroscience

Europas Wissenschaftlervereinigung will zur US-Konkurrenz aufschließen

Als „grass-roots organisation“ sieht sich die europäische Wissenschaftlerorganisation Euroscience. Prof. Dr. Michael Grewing ist Mitglied des Governing Boards und erklärt, warum Wissenschaftler Euroscience beitreten sollten.

Straßburg Ob Europäischer Forschungsraum, Bologna-Prozess oder das Europäische Innovations- und Technologieinstitut – die Weichen in Wissenschaft und Forschung werden zunehmend von Brüssel aus gestellt. Doch wie kann der Einzelne da noch mitreden oder gar mitgestalten? Eine Bühne für die Wissenschaftler Europas will die in Straßburg beheimatete Vereinigung Euroscience bieten. Sie versteht sich als „grass-roots organisation“ (eine Initiative, die von der „Basis“, also von Wissenschaftlern und Interessierten selbst ausgeht). Gegen einen Jahresbeitrag von 50 Euro ist jeder willkommen – Professoren, Forschungsmanager, Studierende und interessierte Bürger. Ziel von Euroscience: Sie will die wissenschaftliche Zusammenarbeit in Europa ankurbeln, sich aber auch in die EU-Forschungspolitik einmischen. „Euroscience soll das europäische Pendant zur American Association for the Advancement of Science werden“, sagt Grewing.

Wie viel sich jedes Mitglied bei Euroscience engagieren will, hängt von der eigenen Motivation ab. Möglichkeiten gibt es einige, zum Beispiel die fachübergreifenden Arbeitsgruppen. In den Gruppen wird per Mail, Internet oder auf Tagungen über Ethik in der Wissenschaft, die Situation der Nachwuchswissenschaftler oder die EU-Forschungspolitik debattiert. Engagieren können sich Wissenschaftler zudem in den elf Regionalgruppen, die sich seit Gründung von Euroscience 1997 gebildet haben – zumeist in osteuropäischen Ländern, aber auch in Paris, Grenoble oder in Genf. Fehlanzeige herrscht noch in Deutschland. Das könnte sich aber bald ändern, sagt Grewing. Der 2008 ins Amt gewählte Astronom, bei Euroscience für die Finanzen zuständig,

will eine Internetpräsenz für deutsche Euroscience-Mitglieder aufbauen. „Daraus könnte sich eine Regionalgruppe entwickeln“, hofft Grewing, einst Direktor des Instituts für Astronomie und Astrophysik der Universität Tübingen.

Wer als Mitglied von Euroscience konkrete Dienstleistungen erwartet, dürfte enttäuscht sein. „Das Euroscience-Büro ist personell zu schwach besetzt, um regelmäßige Service-Leistungen wie Stellenausschreibungen, Bewerbungs- oder Rechtsberatungsdienste anzubieten“, sagt Grewing. Individuelle Beratung etwa bei der Vermittlung von Kontakten zu europäischen Forschungszentren sei im Einzelfall aber schon möglich. Und immerhin verschickt Euroscience seit vorigem Jahr den Newsletter „Euroscientists“, der zum Beispiel Informationen für junge Forscher über Karrieremöglichkeiten in Europa liefert. Allzu viele Wissenschaftler in Deutschland hat das Angebot von Euroscience bislang aber noch nicht überzeugt. Nur rund 300 Köpfe zählt die deutsche Community; insgesamt sind mehr als 4000 Euroscience-Mitglieder über 40 Länder Europas verstreut.

Die Möglichkeit für Wissenschaftler, Euroscience ausführlich kennenzulernen, bietet das Euroscience Open Forum (ESOF), das prestigeträchtige Aushängeschild der Organisation. Rund 4 100 Wissenschaftler aus ganz Europa nahmen an der fünftägigen Konferenz im Juli vorigen Jahres in Barcelona teil. Kommendes Jahr lädt Euroscience zum ESOF nach Turin ein. Dort werden Workshops zur Karriereplanung, zum Verhältnis zwischen Forschung und Wirtschaft sowie ein umfangreiches Wissenschaftsprogramm angeboten. hbj

Kontakt

Euroscience
c/o Prof. Dr. Michael Grewing
Telefon: +33 388 241150
Mail: office@euroscience.org
Internet: www.euroscience.org



Foto: Staatskanzlei

Die ehemalige Präsidentin Lettlands Vaira Vīķe-Freiberga soll den europäischen Forschungsrat durchleuchten.

agenda

hochschule

forschung

kontakte

ticker

brennpunkt

Evaluation

Vaira Vīķe-Freiberga soll Forschungsrat überprüfen

Brüssel Die ehemalige Präsidentin Lettlands Dr. Vaira Vīķe-Freiberga wird Leiterin einer Expertengruppe, die die Arbeit des Europäischen Forschungsrates (ERC) überprüft. Das Gremium soll zudem über die zukünftige Ausrichtung des ERC beraten. Es soll aus sechs europäischen und US-amerikanischen Experten bestehen. Vīķe-Freiberga ist emeritierte Psychologie-Professorin an der Universität Montreal und Vizepräsidentin einer Expertengruppe, die sich mit der Zukunft der EU beschäftigt. n-ost

→ Internet: www.euburo.de/arbeitsbereiche/erc

Etat

Litauen gibt 15 Prozent mehr für Bildung aus

Vilnius Die litauische Regierung plant in diesem Jahr Mehrausgaben im Bildungsbereich in Höhe von einer Milliarde litauischer Litas (290 Millionen Euro). Damit steigt der Etat im Vergleich zu 2008 um 15 Prozent und beträgt mehr als sechs Prozent des Gesamtetats. Litauen folgte damit den internationalen Empfehlungen, gab das Bildungsministerium in Vilnius Anfang Februar bekannt. Die Pläne sehen unter anderem höhere Lehrergehälter vor. n-ost

→ Internet: www.smm.lt/naujienos/pranesimai.htm?id=2322

Verschlusssachen

Geheime Akten nicht pauschal freigegeben

Berlin Für die Forschung und die Öffentlichkeit werden geheime Behördenakten der Bundesrepublik nach Ablauf einer 30-Jahres-Frist nicht pauschal freigegeben. Eine entsprechende Regelung aus dem Jahr 2006 hob das Bundesinnenministerium (BMI) im Oktober 2008 auf. Das BMI bestätigte der duz Anfang März, dass auch künftig

jeder Einzelfall geprüft werde. Eine angestrebte Neuregelung, die am 18. März mit anderen Ressorts beraten wird, soll aber einen schnelleren Aktenzugang ermöglichen. Die Freigabe ungeprüft zu erlauben, könne nach BMI-Ansicht die innere Sicherheit der Bundesrepublik gefährden oder die auswärtigen Beziehungen belasten. Historiker kritisieren, etliche Kapitel deutscher Geschichte blieben somit unerforscht. ck

→ Internet: dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/113/1611354.pdf

Studie

US-Professoren arbeiten nicht international genug

Washington Hochschulprofessoren in den USA zeigen weniger Bereitschaft zu internationalen Kooperationen als ihre ausländischen Kollegen. Laut einer Anfang Februar veröffentlichten Studie der Seton Hall University im Bundesstaat New Jersey verfassten sie seltener Artikel in Zusammenarbeit mit Kollegen aus Übersee und führten weniger international angelegte Forschungsprojekte durch. Die jüngere Akademiker-Generation sei kaum messbar internationaler als die ältere, hieß es. Längere Auslandsaufenthalte könnten zu einer Verbesserung der Lage führen, so die Autoren. n-ost

→ Internet: www.shu.edu

Finanzkrise

Weltweite Auswirkungen auf Hochschul-Etats

Jerusalem/Washington/Wellington Die Finanzkrise trifft Hochschulen weltweit. Israelische Universitäten sollen nach einer Schätzung des nationalen Hochschulrates bislang allein 900 Millionen Schekel (170 Millionen Euro) verloren haben. Grund dafür sei nicht nur ein Rückgang an Beiträgen und Spendengeldern, sondern auch Verluste durch Investitionen von Forschungsgeldern auf den Kapitalmärkten. US-Universitäten verzeichnen trotz Finanzkrise einen Spendenrekord. Rund 32 Milliarden Dollar

(25 Milliarden Euro) bekamen die Institutionen 2008 laut der Ende Februar vorgestellten alljährlichen Umfrage zu freiwilligen Spenden im Bildungsbereich geschenkt. Damit stiegen die Einnahmen im Vergleich zum Vorjahr um 6,2 Prozent. Zu befürchten ist allerdings, dass die Spendenfreudigkeit 2009 und 2010 wieder sinkt. Hochschulen in Neuseeland hoffen indes, vom Tiefstand des Kiwi-Dollar (= 0,39 Euro) zu profitieren. Im laufenden akademischen Jahr hatten sie 20 Prozent mehr Bewerbungen von ausländischen Studenten als im Vorjahr. Die meisten kommen aus China, Indien und Saudi-Arabien. n-ost

→ Internet: www.cae.org/content/pro_data_trends.htm

Lizenzentzug

Prager Privat-Universität verliert Lehrberechtigung

Prag Das tschechische Bildungsministerium hat Ende Februar der privaten Hochschule für Fremdenverkehr und territoriale Studien in Prag die Lehrberechtigung entzogen. Als Grund wurde laut Presseberichten das unzureichende Ausbildungsniveau angegeben. Die Hochschule, die hohe Mietschulden hat, kann gegen die Entscheidung Berufung einlegen. Ungeachtet dessen werden derzeit Aufnahmeprüfungen durchgeführt. Das Studium an der Hochschule kostet 50 000 Kronen (2 000 Euro). Der Lizenzentzug ist der zweite Fall in Tschechien innerhalb eines Jahres. Zuletzt hatte das Prager Technologische Institut seine Lizenz eingebüßt. n-ost

→ Internet: www.vscrhl.cz/en

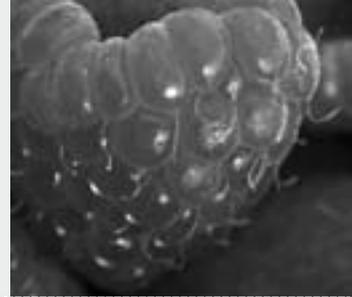
Urteil

Europäischer Gerichtshof stoppt Diplom-Missbrauch

Luxemburg Der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg hat die Möglichkeit des Missbrauchs der EU-weiten Anerkennung von Studienabschlüssen gestoppt. Danach können Absolventen durch eine Anerkennung ihres Diploms im Ausland

„Natürlich möchte ich jetzt auch mal gewinnen.“ Der promovierte Literaturwissenschaftler Uwe Boll, der sein Glück im Filmgeschäft suchte und nach zwei vergeblichen Anläufen schließlich doch mit der „Goldenen Himbeere“ in Hollywood ausgezeichnet wurde. Boll trägt jetzt den Titel: Schlechtester Regisseur der Welt.

SPRECHEN



agenda

hochschule

forschung

kontakte

ticker

brennpunkt

nicht in ihrem Heimatland notwendige weitere Prüfungen umgehen. Ein angehender italienischer Ingenieur ließ sein Universitätsdiplom in Spanien anerkennen. Das in Italien zusätzlich notwendige Staatsexamen legte er nicht ab. Die italienische Ingenieurskammer erhob Einspruch. Zu Recht: Die Voraussetzungen für den Neuzugang zu einem Beruf könne jedes Land selbst festlegen, so der EuGH (Az: C-311/06). n-ost

→ Internet: curia.europa.eu/de/actu/communiques/cp09/aff/cp090006de.pdf

Wirtschaftskrise

Niederländische Unis holen Spezialisten aus Firmen

Amsterdam Die niederländischen Universitäten wollen Spezialisten aus der Wirtschaft aufnehmen, die durch die Rezession ihren Arbeitsplatz verlieren. Auf diese Weise könnten Forschungsprojekte weiter bestehen bleiben, schrieb der Verband der Universitäten und Hochschulen (VSNU) Mitte Februar in einem Brief an die Regierung. Wenn die Konjunktur anziehe, könnten die Talente wieder in die Wirtschaft zurückkehren. Viele niederländische Universitäten forschen mit technischen oder pharmazeutischen Betrieben. n-ost

→ Internet: www.vsnu.nl/web/show/id=81242/langid=43

Gesetzentwurf

Mehr Handlungsspielraum für finnische Hochschulen

Helsinki Die finnische Regierung hat Mitte Februar den Entwurf für ein neues Hochschulgesetz verabschiedet, das Anfang 2010 in Kraft treten soll. Der Entwurf liegt nun dem Parlament zur Diskussion vor. Durch die Reform werden die Hochschulen zu unabhängigen juristischen Personen und erhalten größeren Handlungsspielraum. Ziel sei es, Lehre und Forschung dadurch in Qualität und Effizienz zu stärken und die finnischen Hochschulen auch international erfolgreicher zu machen. n-ost

→ Internet: www.minedu.fi/OPM/?lang=en

Studienkredite

Millionenverluste durch säumige EU-Studenten

London Bis zu 70 Prozent der EU-Studenten, die in Großbritannien studiert haben, zahlen ihre Kredite nicht zurück. Sie nahmen sie auf, um die Studiengebühren in England und Wales zu finanzieren. Die staatliche Kreditgesellschaft Student Loans Company meldete Ende Februar, dass 2 240 Studierende mittlerweile begonnen haben sollten, ihre Darlehen zurückzuzahlen. Man habe allerdings von 1 580 keine Kontaktdaten. Die Verluste, die damit in den vergangenen beiden Jahren entstanden seien, betragen rund 7,6 Millionen Pfund (8,5 Millionen Euro). Die Studenten müssen die verbilligten Kredite, die seit 2006 gewährt wurden, zurückzahlen, sobald ihr Jahresverdienst nach dem Studium 15 000 Pfund (16 700 Euro) erreicht. Man befürchtet, dass das Problem noch größer wird, wenn in den nächsten Jahren mehr und mehr EU-Studenten graduieren. n-ost

→ Internet: www.slc.co.uk

Kollektivvertrag

Österreichs Rektoren verweigern Unterschrift

Wien Österreichs Uni-Rektoren haben Anfang März die Unterschrift unter den sogenannten Kollektivvertrag (KV) verweigert. Der Vertrag gilt für rund 30 000 Universitätsbedienstete und enthält höhere Anfangsgehälter, eine Pensionskassenregelung sowie ein Laufbahnmodell für Wissenschaftler (duzMAGAZIN 11/2008, S. 13 ff.). Dass er nicht in Kraft tritt, scheidet seit langem an der Finanzierung. Ende Februar kündigte Wissenschaftsminister Dr. Johannes Hahn an, dass er den KV in diesem Jahr mit 50 Millionen Euro unterstützen will. Zusätzlich will er den Unis zum geplanten Start des KV Anfang April von 2010 bis 2012 jährlich 400 Millionen Euro zu ihrem Budget geben. Dieses sehen die Rektoren aber als nicht gesichert an. Erst wenn Hahn genaue Zahlen auf den Tisch legt, wollen sie unterschreiben. Hahn reagierte bis Redaktionsschluss nicht darauf. ck

→ Internet: www.uniko.ac.at

Zulassungsverfahren

Alle deutschen Hochschulen sollen sich beteiligen

Berlin Bundeseinheitliche Zulassungstermine und eine Internetbörse sollen ab diesem Wintersemester (WS) das Bewerberchaos an den Hochschulen um Studienplätze verhindern. Darauf verständigten sich Bund, Länder und Hochschulen Anfang März in Berlin. Im WS 2011/2012 soll das neue dialogorientierte Serviceverfahren starten. Bis dahin, bietet die Zentralstelle für Studienplatzvergabe (ZVS) einen Übergangsservice an (duzMAGAZIN 03/2009, S. 24f.). "Das neue Verfahren wird auch zur Entlastung der Hochschulen beitragen. Es wird dann optimal funktionieren, wenn sich alle deutschen Hochschulen daran beteiligen", sagte der Präsident der Kultusministerkonferenz (KMK) Henry Tesch Anfang

Henry Tesch hat die Kultusminister Anfang März nach Stralsund gerufen.

März auf der KMK-Sitzung in Stralsund. Die KMK beauftragte außerdem eine Amtschef-Arbeitsgruppe damit, bis Mitte Juni Empfehlungen für den bundeseinheitlichen Lehrbedarf zu erarbeiten. ck



Foto: zb-regio

Der Genforscher Thomas Tuschl pokerte in der Berufungsverhandlung mit der FU Berlin hoch. Zu einer Einigung kam es am Ende nicht.



Foto: MDC

agenda

hochschule

forschung

kontakte

ticker

brennpunkt

Kooperation

Polnische Unternehmen sollen für Forschung zahlen

Warschau Forschung und Wirtschaft müssen in Polen enger zusammenarbeiten. Das hat die polnische Wissenschaftlervereinigung Polska Izba Gospodarcza Zaawansowanych Technologii (PIGZ) Ende Februar gefordert. Die ökonomische Krise mache eine solche Kooperation erforderlich. Denn die Wirtschaft sei derzeit stärker auf Innovationen aus der Forschung angewiesen, um die massiven ökonomischen Probleme zu lösen. Die Forschungseinrichtungen erhalten indes laut PIGZ im Vergleich zu anderen Ländern mit rund einem Viertel ihres Etats zu wenig Geld aus der Wirtschaft. Der Rest komme vom Staat. Die polnische Regierung plant für 2009 eine Steigerung der Forschungsausgaben im Vergleich zum Vorjahr um 27 Prozent auf 14 Milliarden Złoty (3 Milliarden Euro). Die PIGZ vereinigt wissenschaftliche Einrichtungen, Hochschulen, Unternehmen und Finanzinstitute. n-ost

→ Internet: www.iztech.pl/page/main

Finanzspritze

Britische Regierung fördert Aids-Forschung

London Ein neuer Zweig der britischen Aids-Forschung bekommt eine teils staatliche, teils private Finanzspritze von 90 Millionen Pfund (100 Millionen Euro). Die britische Regierung und die Bill & Melinda Gates Foundation zahlen je einen Anteil zur Förderung der Entwicklung eines Mikrobizid-Gels, das die derzeit besten Aussichten bieten soll, eine HIV-Infektion zu verhindern. Das innerhalb der Vagina applizierte Gel soll Ansteckungen um bis zu ein Drittel senken. Die Mittel gehen unter anderem an Forschungsteams der University of London. Die Entwicklung des Gels stellt angesichts der Schwierigkeit, einen Impfstoff gegen das HI-Virus herzustellen, die bislang realistischste Strategie zum Schutz gegen HIV dar. n-ost

→ Internet: www.gatesfoundation.org

Humboldt-Professuren

Chemiker Thomas Tuschl lehnt Ruf nach Berlin ab

Berlin Der 42-jährige Biochemiker Prof. Dr. Thomas Tuschl hat Ende Februar den auf fünf Jahre veranschlagten Ruf an die Freie Universität (FU) Berlin abgelehnt und damit immerhin einen Etat von 13 Millionen Euro. Derzeit arbeitet der Genforscher an der Rockefeller University in New York. Er schlug als Erster von neun Forschern die Alexander von Humboldt-Professur aus, mit der der Bund weltweit führende und im Ausland arbeitende Forscher nach Deutschland zurückholen will. Tuschl begründete seine Absage gegenüber der Süddeutschen Zeitung unter anderem damit, dass die FU seine Forderung nach vier ausgezeichneten Arbeitsgruppenleitern nicht erfüllt habe. Derzeit hat die Alexander von Humboldt-Stiftung weitere vier Preisträger der Humboldt-Professur bekannt gegeben. Der Preis ist mit jeweils fünf Millionen Euro dotiert. ck

→ Internet: www.humboldt-foundation.de/web/1070555.html

Wissenschaftlicher Nachwuchs

Studie: Junge Forscher lassen sich ausbeuten

Berlin Nachwuchswissenschaftler arbeiten meist deutlich länger als vertraglich vereinbart. Das belegt eine von der Gewerkschaft Ver.di in Auftrag gegebene Studie, die Ende Februar vorgestellt wurde. Vor allem Promovenden auf einer halben Stelle arbeiten meistens 38 Stunden und mehr. hck

→ Internet: www.verdi-bg-fhh.de

Tarifeinigung

5,8 Prozent mehr für Hochschulmitarbeiter

Potsdam Als „tragfähig“ hat die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) das Ergebnis der Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst der Länder Anfang März in Potsdam bezeichnet. Spätestens ab 2010 erhalten die rund 100 000 betroffenen Hochschulmitarbeiter im Schnitt 5,8 Prozent mehr Lohn. ck

Vetternwirtschaft

Rumänischer Rektor setzt moralisches Zeichen

Iasi Die angehenden Absolventen der rumänischen Universität Alexandru Ioan Cuza in Iasi werden mit Argusaugen von der lokalen Presse verfolgt. Die Tageszeitung „Ziarul de Iasi“ hat Mitte Februar knapp 20 zukünftige Studienabgänger aufgelistet, die die Hochschule nicht als Dozenten einstellen darf, da deren Verwandte bereits dort unterrichten. Das schreibt ein Ehrenkodex vor, den die Universität Ende Dezember verabschiedet hat. Damit ist sie die einzige in Rumänien, die mit solch einer Regelung gegen Vetternwirtschaft vorgeht. Rektor Prof. Dr. Vasile Isan sagte der Zeitung, alle sprächen in Rumänien von der moralischen Erneuerung der Gesellschaft, doch niemand beginne damit. Er wolle ein Zeichen setzen.

Rektor Vasile Isan geht mit einem Ehrenkodex gegen Vetternwirtschaft vor

Die bestehenden Netzwerke der Universität werde man aber nicht aufräumen, „das würde die Uni zerstören“, sagte er. n-ost

→ Internet: www.uaic.ro/uaic/bin/view/University/Documente



Foto: EVP-Fraktion

65. Jahrgang

Gegründet 1945 als „Göttinger Universitätszeitung“.

Herausgeber:

Dr. Wolfgang Heuser, Tel.: 030 212987-29,
E-Mail: w.heuser@raabe.de

Redaktion:

Leitende Redakteurin: Christine Průbky (py),
Tel.: 030 212987-37, E-Mail: c.prusky@raabe.de
Hans-Christoph Keller (hck), Tel.: 030 212987-36,
E-Mail: hc.keller@raabe.de
Mareike Knoke (mk), Tel.: 030 212987-35,
E-Mail: m.knoke@raabe.de
Christine Xuân Müller, Tel.: 030 212987-0,
E-Mail: c.mueller@raabe.de
Redaktionsassistent: Anne Jung (akj),
Tel.: 030 212987-39,
E-Mail: a.jung@raabe.de

Adresse der Redaktion:

Kaiser-Friedrich-Straße 90, 10585 Berlin
Tel.: 030 212987-0, Fax: -30, ISDN: -50
E-Mail: duz-redaktion@raabe.de
Internet: www.duz.de

Gestaltungsidee und Grundlayout:

axeptDESIGN Berlin

Satz und Grafik:

ESM Berlin

Druck:

Kessler Druck + Medien, Bobingen

Ständige Autoren und Nachrichtendienste:

Frank van Bebber (fvb), Benjamin Haerdle (hbj), Marion Hartig (mh), Eva Keller (eke), Dr. Christiane Krüger (ck), n-ost (Netzwerk für Osteuropa-Berichterstattung)

Verantwortlich gemäß Pressegesetz:

Christine Průbky, Berlin (für den redaktionellen Inhalt)

Anzeigenabteilung und Verlag:

RAABE Fachverlag für Wissenschaftsinformation,
Anke Weltzien
Kaiser-Friedrich-Straße 90, 10585 Berlin
Tel.: 030 212987-31, Fax: -30, ISDN: -50,
E-Mail: duz-anzeigen@raabe.de
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 47 vom 01.01.2009.

Kundenservice und Unternehmensitz:

Dr. Josef Raabe Verlags-GmbH
Ein Unternehmen der Klett-Gruppe
Rotebühlstraße 77, 70178 Stuttgart
Postfach 103922, 70034 Stuttgart
Stuttgart HRB 726594
Tel.: 0711 62900-0, Fax: 0711 62900-10
E-Mail: kundenservice@raabe.de
Geschäftsführerin: Anneliese Grünzinger
USt.-ID: DE 813031443

Bezugsbedingungen:

Die duz erscheint zweimal im Monat, 22 Ausgaben im Jahr (12 x duzMAGAZIN, 10 x duzEUROPA kompakt). Der Jahresbezugspreis beträgt 129 Euro. Der Halbjahresbezugspreis beträgt 68 Euro, der Preis für Studierende, Promovierende, Referendare und Emeriti 35 Euro (jeweils inklusive 7 % Mehrwertsteuer und Versandkosten, Inland). Ermäßigte Abonnements können nur direkt beim Verlag bestellt werden. Die Abonnementrechnung wird jährlich/halbjährlich entsprechend Bezugs-, nicht Kalenderjahr gestellt. Bei Lieferungsausfall durch Streik oder höhere Gewalt keine Rückvergütung des Bezugspreises. Die Kündigung eines Abonnements muss sechs Wochen vor Ende des Bezugsjahres/-halbjahres beim Verlag eingegangen sein. ISSN-Nr. 1867 – 9595

© Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Beiträge, die mit Namen oder Initialen des Verfassers gekennzeichnet sind, stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion oder des Verlages dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte sowie Meinungsbeiträge von Autoren, die nicht der Redaktion angehören, kann keine Haftung übernommen werden. Der Verlag behält sich vor, in begründeten Ausnahmefällen solche Beiträge lediglich insoweit zu kürzen, als das Recht zur freien Meinungsäußerung nicht betroffen ist.

Haftungsausschluss für Anzeigeninhalte:

Für die Inhalte von Stellenangeboten und Werbeanzeigen sind die jeweiligen Inserenten verantwortlich.

Viel Geld für eine schlechte Ausbildung

Prag Die tschechische Tageszeitung „Pražský deník“ findet, dass die Familien der Studenten an privaten Hochschulen besonders hart von deren Lizenzentzug betroffen sind: „Sie wollten für ihre Nachkommen nur das Beste. Deshalb nahmen sie die Familien-Ersparnisse oder verschuldeten sich bei den Banken, um den Besuch einer privaten Hochschule finanzieren zu können. Das Geld können sie vergessen, erfüllt doch die Hochschule nicht die qualitativen Anforderungen. (...) Wie kann man hohe Summen von den Studenten fordern und dann nicht auch einen hohen Ausbildungsstandard garantieren? Alarmierend ist zudem, dass mit den Studenten niemand über die Schließung gesprochen hat. Sie und ihre Eltern erfuhren alles über die Medien. (...) In einem Land, in dem Banken und Rentenfonds zusammenbrachen ohne eine Entschädigung für die Betroffenen, gehört eine solche Umgangsweise zum Standard.“ (26.02.2009)

→ Internet: www.denik.cz

Eine Universität ist keine Wurstfabrik

Lahti Die finnische Tageszeitung „Etelä-Suomen Sanomat“ sieht die Einbeziehung von hochschulfremden Mitarbeitern in die Verwaltung als Hauptkritikpunkt des neuen Hochschulgesetzes: „Wenn Vertreter von Wirtschaft und Politik über Hochschulfragen mitentscheiden, darf man mit Recht fragen, wie freie und kritische Lehre und Forschung aussehen soll. Dieser Punkt ist vermutlich auch das größte Problem des neuen Hochschulgesetzes. (...) Allgemeine Angst, dass nur die großen und besten Hochschulen erhalten bleiben und der Rest früher oder später untergeht, macht die Runde. Dabei ist jedoch klar, dass das wichtigste Merkmal von Hochschulen ihre Unabhängigkeit von nationalen und wirtschaftlichen Interessen ist. (...) Eine Universität ist keine Wurstfabrik.“ (02.03.2009)

→ Internet: www.ess.fi/?category=2480

Geist und Passion öffnen Wissenschaftlern Türen

Warschau Polens Forschungsministerin Barbara Kudrycka blickt in einem Beitrag für das Magazin „The Polish Science Voice“ auf die Entwicklung des Wissenschaftsstandortes Polen: „Es gibt in Polen zu viele Akteure am Markt und in der politischen Szene, die kein Interesse an einem Wandel haben, – und Akteure, die unterschiedliche Anforderungen an die Regierung und das nationale Haushaltsbudget stellen. Doch zu dieser Gemeinschaft gehören auch viele Akteure, die Ambitionen haben. Und diese Ambitionen haben sie nicht nur für sich, sondern für die Entwicklung Polens. Das entscheidende Kriterium ist die Geisteshaltung und nicht das Alter. Unsere Änderungen [der Regierung] werden die Tür für weitere Wissenschaftler öffnen, die sich ihrer wissenschaftlichen Passion verschrieben hatten, die aber bisher diese Türen aufbrechen mussten. Natürlich kann das nicht über Nacht passieren.“ (The Polish Science Voice, Nr. 18/2008)

→ Internet: www.nauka.gov.pl/mn/index.jsp?place=Menu06&news_cat_id=1182&layout=2

Spanische Studenten müssen zu viel arbeiten

Madrid Die Tageszeitung „El País“ zur hohen Abbrecherquote und langen Studienzeiten: „Spanien gehört in der OECD zu den Ländern mit relativ niedriger Einschreibegebühr und einem gering ausgeprägten Stipendien-System. Auch wenn theoretisch die geringe Studiengebühr den Zugang zum Studium nicht beschränkt, führen die geringe Anzahl und die niedrige Höhe der Stipendien (...) dazu, dass der Student Geld verdienen muss, um für seinen Unterhalt aufzukommen oder seine Familie zu unterstützen, sodass er entweder nicht weiterstudieren oder sich nicht ausschließlich dem Studium widmen kann.“ (09.02.2009)

→ Internet: elpais.com/articulo/educacion/becas/elpepiedu/20090209elpepiedu_4/Tes/

Aus Gründen der besseren Handhabbarkeit
finden Sie den Stellenmarkt in einer gesonderten Datei.

Ein Bild der Ruhe gibt Paris vom Eiffelturm aus ab. Der Eindruck aber trägt. In Frankreichs Metropole wird heftig um Reformen gerungen.



Foto: Wikipedia/Mathias Placho

agenda

hochschule

forschung

kontakte

ticker

brennpunkt

von Elif Kayi und Nina Schönmeier

Proteste gegen die Hochschulreform

Professorenschaft zwingt Regierung mit Druck der Straße zum Rückzug

Paris Der Protest gegen den geplanten Umbau von Frankreichs Universitätssystem reißt nicht ab. Nach den Studierenden und den wissenschaftlichen Mitarbeitern reihten sich im Februar auch Universitätspräsidenten in die Demonstrationen gegen die Reformpläne von Frankreichs Bildungsministerin Valérie Pécresse ein.

Im Shanghai-Ranking, das jedes Jahr die besten Universitäten der Welt auflistet, kamen 2008 nur drei französische Einrichtungen unter die ersten 100. Frankreich liegt weit abgeschlagen hinter Großbritannien und Deutschland. Für Bildungsministerin Valérie Pécresse beweist dieses Ergebnis die „absolute Notwendigkeit“ einer Reform. 2012 sähe sie gern zehn französische Universitäten unter den Top 100.

Den Grundstein für das Erreichen ihrer ehrgeizigen Ziele legte Pécresse mit dem „Gesetz über die Freiheiten und Pflichten der Universitäten“ vom August 2007, auch als „Gesetz für mehr Autonomie der Universitäten“ bekannt. Danach sollen bis 2012 alle Universitäten die Unabhängigkeit in Personal und Budgetfragen beantragen können.

Frankreichs Universitäten leiden seit Jahren unter Geldnöten. Während die prestigeträchtigen Grandes Écoles kaum Sorgen haben, verschlechtern sich die Bedingungen an den normalen Hochschulen zunehmend. Es fehlt an Mitteln und Computern, die Räume sind veraltet. Den Dozenten, von denen 20 Prozent Zeitverträge haben, droht die Verarmung. Auch bei den Subventionen

gibt es Ungleichheiten: Im Jahr 2005 teilte das Bildungsministerium rund 14 000 Euro pro Student in einer Vorbereitungsklasse auf einer Grande École zu, doppelt so viel wie Unis pro Student bekommen.

Entsprechend hoch sind die Abbrecherquoten an Hochschulen. Jedes Jahr verlassen 90 000 Studenten sie ohne Diplom. Das Gesetz verpflichtet die Universitäten nun zwar dazu, ihre Beratungsangebote zu verbessern, damit die Zahl der Abbrecher sinkt. Doch trifft auch der Aspekt des Reformprojekts bisher auf wenig Gegenliebe in den Unis. Die Abwehrfront ist dort so breit, dass sich die Regierung zu Änderungen gezwungen sehen dürfte. Auf wenig Gegenliebe stoßen dabei auch die Änderungen in der Hochschulfinanzierung. Waren die Hochschulen bis August 2007 ausschließlich öffentlich finanziert, können sie jetzt private Zuwendungen einwerben.

Hoch umstritten waren die Reformen von Anfang an. Schon 2008 hatten Studenten gegen die Regierungspläne aufbegehrt. Sie fürchteten unter anderem eine Auslese und den Anstieg der Einschreibgebühr, die bisher etwa 169 Euro im Jahr beträgt. Mitte Januar dieses Jahres trat Pécresse erneut eine Protestwelle von ungeahnter Wucht los, als sie das Reformdekret über den Status der rund 57 000 wissenschaftlichen Mitarbeiter präsentierte. Mit ihm halten nicht nur regelmäßige Evaluationen Einzug an Frankreichs Hochschulen. Geändert wird auch das Berufungswesen. Lag die Auswahl der Professoren bislang in den Händen von

Hochschulen im Profil



Foto: Wikipedia

Das Wissenschaftssystem

- In Frankreich gibt es im Wesentlichen zwei Hochschultypen: die traditionellen Universitäten und die Grandes Écoles (private oder öffentliche Elitethochschulen in bestimmten Fachrichtungen).
- An den 83 Universitäten sind 1,4 Millionen Studierende eingeschrieben. Sie werden unterrichtet von 28 000 Lehrbeauftragten und 62 000 Professoren.

Politik

- Seit Amtsantritt von Nicolas Sarkozy im Mai 2007 werden die Universitäten reformiert. Erklärtes Ziel der Regierung François Fillon ist die autonome Uni.

Indikatoren für Bildung

- 2007 gab Frankreich 1,3 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts für die Hochschulen aus, der OECD-Schnitt liegt bei 1,4 Prozent.

Internet

- <http://www.education.gouv.fr>

Berufungskommissionen, die die Universitäten selbst zusammensetzten, sollen die Kommissionen künftig zur Hälfte extern besetzt sein. Ein Vetorecht bei der Zusammensetzung der Berufungskommissionen hat allein der Universitätspräsident. Diesen Machtzuwachs an der Universitätsspitze lehnt die universitäre Basis als Verletzung der Wissenschaftsfreiheit ebenso ab wie die Einführung von Evaluationen und rief Ende Januar zu Generalstreiks auf.

Für die Fürsprecher des Dekrets sind beide Aspekte dagegen zentrale Punkte im Streben der Universitäten nach internationaler Exzellenz. Für „fixe Ideen“ hält dagegen der Präsident der Universität Paris



Laurence Giavarini ist Lehrbeauftragte für französische Literatur an der Universität von Burgund in Dijon.

agenda

hochschule

forschung

kontakte

ticker

brennpunkt

Die Reformgegnerin

„Das System der Grande École hinterfragen“

Frankreichs Forscher laufen Sturm gegen die Hochschulreform. Organisiert wird der Protest nicht zuletzt von Laurence Giavarini, der Sprecherin der Protestorganisation „Retten wir die Universität“.

duz *Welcher Logik folgt Ihrer Ansicht nach die Reform des Hochschulsystems?*

Giavarini Die Regierung möchte für Forschung und Lehre ein Finanzierungsmodell einführen, das weniger auf der Schaffung dauerhafter Arbeitsplätze als auf Zeitverträge, Prämien und kurzfristige Investitionen baut.

duz Valérie Pécresse will das französische Universitätssystem wettbewerbsfähig machen. Was ist dagegen zu sagen?

Giavarini In Frankreich besuchen die besten Studenten die Grandes Écoles und nicht die normalen Universitäten. Es ist absurd, die Idee des Wettbewerbs einführen zu wollen, ohne das elitäre System der Grandes Écoles zu hinterfragen.

duz *Sie wollen die Universitäten retten. Wie?*

Giavarini Wir verlangen von der Regierung, vier Punkte zurückzunehmen: Zum einen das Reformprojekt über den Status der wissenschaftlichen Mitarbeiter und das Vorhaben bezüglich des Doktorvertrages, das zu einer missbräuchlichen Evaluierung der Arbeit von Doktoranden führt. Zum anderen fordern wir, dass die gestrichenen Stellen wieder besetzt werden und die Reform der Lehrerbildung zurückgezogen wird.

duz *Was ist an der Reform der Lehrerausbildung so problematisch?*

Giavarini Bisher konnte jeder Lehrer werden, der ein Diplom hat und die staatliche Prüfung bestand. Im neuen System muss der Student diese Prüfung bestehen, um überhaupt sein Masterstudium abschließen zu können. Fällt er durch, kann er nur als Vertretungslehrer ohne jegliche Karriereperspektive eingestellt werden.

Die Fragen stellte Elif Kayii.

VI, Prof. Dr. Jean-Charles Pomerol, die Ängste der wissenschaftlichen Mitarbeiter. Die Uni-Präsidenten hätte schon jetzt ein Vetorecht bei der Einstellung, argumentiert Pomerol, mit der neuen Regelung werde es nur mehr Sicherheitsmechanismen geben als zuvor.

Doch nicht alle Uni-Präsidenten denken wie Pomerol. Mitte Februar gaben nicht wenige unter ihnen die gewohnte Zurückhaltung und Neutralität auf und reihten sich in den Protestzug ein. Für die Zuspitzung sorgte Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy. Er hatte die Uni-Chefs Ende Januar mit einer Rede provoziert, in der er die schwachen Leistungen der traditionellen Universitäten kritisierte.

Kurz zuvor hatten zwölf Uni-Präsidenten den „Aufruf der Sorbonne“ veröffentlicht. Darin verlangten sie von der Regierung, alle kontroversen Reformprojekte zurückzuziehen. „Eine notwendige Bedingung für echte Verhandlungen“, wie Prof. Pascal Binczak, der Präsident der Universität Saint-Denis, erklärte. Mit der Hochschulleitung im Rücken gingen im Februar mehr als 100 000 Lehrbeauftragte, Studenten und Universitätsangestellte auf die Straße.

Ministerin Pécresse reagierte auf den Druck von der Straße. Anfang März machte sie gegenüber den Gewerkschaften Zugeständnisse. Danach sollen die Unipräsidenten nicht wie vorgesehen das Recht erhalten, leistungsschwachen wissenschaftlichen Mitarbeitern mehr Lehrstunden aufzubrummen. Zudem

bliebe bei den Einstellungen von Personal und Beförderungen alles beim Alten. Die wichtige Gewerkschaft Snesup-FSU nahm an den Verhandlungen nicht teil und nannte die Änderungen „ungenügend“. Kurz vor der Einigung nahm Premierminister François Fillon die geplanten Stellenstreichungen an den Unis für 2010 und 2011 zurück. Bei einer Einigung könnte das Dekret Anfang September in Kraft treten.

Elif Kayi ist Journalistin in Dolle,
Nina Schönmeier ist Journalistin
in Montpellier.

Ministerin im Profil

Valérie Pécresse

Seit Mai 2007 Bildungs- und Forschungsministerin in der konservativen Regierung von Ministerpräsident François Fillon.

Foto: Wikipedia



Werdegang

Geboren am 14. Juli 1967 in Neuilly-sur-Seine. Pécresse studierte an der renommierten französischen Handelshochschule HEC (Hautes Études Commerciales) und an der Kaderschmiede École Nationale d'Administration (ENA). 2002 wurde sie stellvertretende Generalsekretärin der konservativen UMP. Sie kandidiert bei den Regionalwahlen 2010 in der Region Ile-de-France.

Internet

<http://www.pecresseidf2010.fr>

duz
UNABHÄNGIGE DEUTSCHE UNIVERSITÄTSZEITUNG

Am 27.3. kommt
das neue:

MAGAZIN

Für Forscher und Wissenschaftsmanager

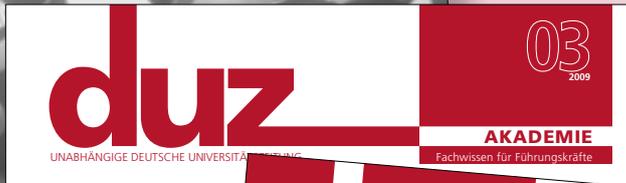
Themen unter anderem:

- **Europas Musterschüler: Wo die Vision vom gemeinsamen Hochschulraum schon heute Wirklichkeit geworden ist.**
- **Der gute Chef: Was Good Governance in Wissenschaft und Forschung heißt.**

Ihr zuverlässiger Partner für unabhängige und kompakte Informationen



duz MAGAZIN, duz EUROPA,
duz AKADEMIE, duz SPECIALS und
duz ONLINE bieten Ihnen:



Konkrete Tipps für Forschung, Lehre und
Wissenschaftsmanagement.

Fundierte Hintergrundinfos zu Trends
und Strömungen, die das Hochschulleben
bestimmen und steuern.



Kompakte Nachrichten aus
dem Hochschul- und Wissen-
schaftsgeschehen.

Neueste Stellenausschrei-
bungen im Überblick –
während der gesamten Dauer
der Bewerbungsfrist.



Personalia aus der
gesamten Hoch-
schulwelt.

duz: Ihr un-
abhängiges
Fachjournal

Ja, ich bestelle:

() ein duz-Abonnement ab _____ zum halbjährlichen
Bezugspreis von EUR 68,00 (inklusive 7% Mehrwertsteuer
und inkl. Versandkosten, Inland).

() ein duz -Abonnement ab _____ zum jährlichen Bezugspreis
von EUR 129,00 (inkl. 7 % Mehrwertsteuer und inkl. Versandkosten,
Inland).

() ein duz-Abonnement für Studierende und Emeriti ab _____
zum halbjährlichen Bezugspreis von EUR 35,00 (inklusive 7%
Mehrwertsteuer und inkl. Versandkosten, Inland, Nachweis bitte
beilegen!).

Das Abonnement kann mit einer 6wöchigen Frist jeweils zum Be-
zugshalbjahresende bzw. Bezugsjahresende gekündigt werden.

Bitte senden Sie dieses Formular ausgefüllt per Brief oder Fax an:
RAABE Fachverlag für Wissenschaftsinformation
Kaiser-Friedrich-Str. 90, 10585 Berlin, Fax (030) 212987-30
Weitere Informationen und Online-Bestellmöglichkeit
unter: www.duz.de

Name, Vorname

Institution / Firma

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Fon / Fax

e-mail

Datum / Unterschrift

Ich bestätige durch meine 2. Unterschrift, daß ich davon Kenntnis genommen habe, diese
Bestellung schriftlich innerhalb einer Woche durch Mitteilung an den RAABE Fachverlag für
Wissenschaftsinformation widerrufen zu können. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige
Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift